

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

1921 Nr. 5

Bezugspreis: für dieses mit monatlicher Gebühre monatlich RM. 1.40, vierteljährlich RM. 3.20 mit Porto, halbjährlich RM. 6.00, jährlich RM. 11.20, wenn man den Postboten abholt.
Geschäftsstelle Halle-Saal: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512.

Morgenausgabe

Mittwoch, 5. Januar

Anzeigenpreis: Die Zeile, 14 mal breiter als die Spalte, 10 mal höher als die Spalte, 100 A. (Lohn nach Carl. Zeitungsstellen-Gesetz).
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Zeit Kurztel. Nr. 6200
Eigene Berliner Expedition: — Der Tag u. Druck von Otto Cielie, Halle-Saal.

Preußenwahlen

von Graf Westarp

Woh! kaulst du noch und fern
Mit mir gar viele gerne;
Ihr Müd ist Zug und ihre Freiheit Echtein,
Ich bin ein Preuze, will ein Preuze sein.

Worte trohigen Stolzes in einem Verse des um das Jahr 1830 gedichteten Preußenliedes. Seine will es uns Preußen unmöglich erscheinen, solchen Stolz auf unser engeres Vaterland festzuhalten. In seinem jetzigen Zustande gibt Preußen uns kein Recht dazu. Unter der sozialdemokratischen Herrschaft, mit der es seit dem November 1918 beglückt ist, sind Preußen und seine Hauptstadt Berlin Gegenstand härtester Anfechtung geworden; in dieser Zeit hat der Ruf: „Los von Berlin“ in deutschen Landen und selbst in preußischen Provinzen erst durchschlagende Kraft gewonnen. So ist uns unter Preußen jetzt kein Stolz, sondern nur Mühsal und Aufgabe.

Die sozialdemokratische Herrschaft in Preußen, die geworden werden muß, ist eine unbedingte. In der Sozialdemokratie haben die Sozialdemokraten die Vormacht, über das Jährenverhältnis der Fraktionsstärke hinaus vermöge des Glaubens an ihre Macht, den sie und andere haben. Aber sie beherrschen auch rein zahlenmäßig betrachtet das preußische Staatsministerium vollständig. Es besteht aus vier bürgerlichen und vier sozialdemokratischen Ministern. Die Sozialdemokraten haben dabei die wichtigsten Posten; dazu kommt, daß alle grundlegenden wichtigen Entscheidungen der Staatsministerien gefaßt werden, und daß bei jeder Stimmenmehrheit zwischen sozialdemokratischen und nicht sozialdemokratischen Ministern Genosse Braun als Ministerpräsident den Ausschlag gibt. So kann ungehindert und ungehemmt Herr Seevering als Minister des Innern das Innenministerium, die feste Säule und den Stolz des alten Preußen, durch seine Parteivirtuosität zugrunde richten oder den Selbstmord des Bürgerturns gegen die wohlbegründete Rechtschaffenheit des Justizministers verbieten; Herr Braun liefert, ohne sich lösen zu lassen, die Randvorfälle dem Klassenkampf des sozialdemokratischen Randarbeiterverbandes aus; Herr Goensch kann aus den preußischen Schulen jede preußische Heberlieferung, aber auch die kleinste ebenso gefährliche Weisheitslehre verbannen, und der Finanzminister Herr Widemann kann von seinem gleichfalls sozialistischen Amtsvorgänger geschlossenen Bereich mit dem Königshaus wiederum gegen den Justizminister unerfüllt lassen und der sozialdemokratischen agitatorischen Verheerung preisgeben. Einen Höhepunkt hat solche sozialdemokratische Mißwirtschaft erreicht, indem sie Groß-Berlin mit vier Millionen Einwohnern als rote Republik einer Pyramide der veringerten sozialdemokratischen Richtungen unterwarf, die sich nicht scheuten, der preußische und christlichen Bevölkerung einen Dr. Rosenkranz als Schulmeister zu bieten.

Die so gefährliche Landesversammlung hat Preußen eine Verfassung gegeben, die alle preußische Heberlieferung und alle den Lebensbedürfnissen dieses Staates entsprechende Eigentum in einem Maße übertrieben, das zur Verneinung jedes Staatsgedankens führt. Preußen wird wohl die einzige Republik der Welt sein, die nicht einmal in Person eines Präsidenten einen Träger der Staatsgewalt und eine Stelle hat, die auch einmal durch Auflösung des Steuer der Parteivirtuosität umlegen kann. Der Ministerpräsident wird vom Landtage gewählt. Die Auflösung kann geschieden entweder durch Beschluß der gleichen Mehrheit, gegen die aufgelöst werden soll oder durch Beschluß eines Dreimännerkollegiums, in dem zwei Mitglieder, der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages, die gleiche Mehrheit vertreten, oder endlich im Volksentscheid, der hierfür unbrauchbar ist, weil er zu seiner Durchführung eine dreimal hintereinander stattfindende Agitation mit ihren Kosten, ihrer Arbeit und ihrer Verwirrung erfordern würde. Die so von jeder wirksamen Kontrolle befreite Mehrheit der Parteien herrscht um so unbedingter, weil ihr keine zweite Kammer, sondern in Preußen nur eine legislative Vertretung der Provinzen mit lediglich aufstrebendem veto zur Seite steht.

Mit eigener Fähigkeit hat diese Landesversammlung und in ihr die Sozialdemokratie und die Demokratie wider Recht und Gesetz ihre Macht festgehalten. Jetzt endlich kommt der Tag der Abrechnung auch auf dieser Sündenbock. Die Preußenwahlen haben sich nun doch nicht länger aufziehen lassen; Gerüchte, daß am dem Termin vom 20. Februar immer noch unter allerlei wichtigen Vorwänden gerührt werden, dürfen und können sich nicht befähigen. Das Ziel des Wahlkampfes muß sein, zunächst einmal in der Bevölkerung wieder Ordnung zu schaffen, das Regiment der Parteien durch ein sachgemäßes und unparteiisches, pflichttreues und unbedingtes Bekenntnis nach alter schicklicher Art zu ersetzen und Klarheit und Ordnung in die Finanzen zu bringen. Es gilt weiter, den Schulen die Möglichkeit zurückzugeben, daß sie unsere Jungen und Mädchen zu Männern und zu Deutschen erziehen können, die

Zwangsmaßnahmen?

Das Ruhrgebiet — Frankreichs Ziel

Der Ruhrgebieterrrat beschloß in einer Sitzung am Montag die Ablehnung einer neuen Note an Deutschland, in der die sofortige Entwertung der Einwohnervorschere gefordert wird. Sollte dies nicht geschehen, so läßt man sich zu militärischen Sicherungsmaßnahmen gezwungen. Worin diese Sicherungsmaßnahmen bestehen, heißt nach einer Mitteilung der „Weltmeister“ nicht bekannt. Es heißt: Der Reichspräsident „Weltmeister“ hat am Montag in den letzten Tagen über etwaige Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verhandelt. Frankreich fordert eine Besetzung des Ruhrgebietes und weiterer zentraler Plätze. Wahrscheinlich wird aus Basel gemeldet, es lautet: Der französische Kriegsrat unter dem Vorsitz des Marschall Foch legte seit Weihnachten nicht weniger als dreimal. Das Hauptverhandlungssysteme war die Verhängung der französischen Forderung, die zu einer Besetzung rechtshemischen Gebietes verwendet werden sollen.

Alle diese Nachrichten zeigen klar Frankreichs Ziel. Das Ruhrgebiet war ihm schon von je die Sehnsucht seiner Träume. Und es hätte es schon längst erreicht, wenn nicht — England gewesen wäre. Aber auch, die Rede von den Zwangsmaßnahmen, von unerfüllten Verträgen und Forderungen ist blüffig. Einmal will man England damit einschüchtern und wech machen und zum anderen Deutschland sond in die Augen streuen. Man hofft dabei auf die Hilfe der Radikalen. Diese angeblichen Zwangsmaßnahmen geben den Kommunisten und ihren Helfershelfern den Anlaß, sich als die einzigen Befreier zu zeigen. Und man kann sich vorstellen, daß England derartiges nicht anheißt, dazu ist es sehr „kammer“, um sich alle Handelsmöglichkeiten zu erhalten und vor der Nase wegzunehmen zu lassen.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten

Eine neue Pariser Konferenz.

v. Paris, 4. Januar.

Leut „Journal“ de Paris“ veröffentlicht das Reutersche Bureau gestern abend eine lange Note, in der es heißt: Der englische und französische Generalstab seien in der Frage der Entlastung des Deutschen Reiches vollkommen einig, ihre Ansichten gingen nur auseinander hinsichtlich der Zeit, in der die deutschen Formationen aufgelöst werden sollen. In England betrachtet die Lage hinsichtlich der Zerstörung und Ablieferung der Waffen für die bedrückend. Es möchte sogar ebenso wie Frankreich, auch die Ablieferung der noch verbleibenden Waffen, feste aber auch in dieser Hinsicht die bestehenden Schwierigkeiten. Vereinzelt Berichten gegen das Entlastungsabkommen könnten der deutschen Regierung nicht zur Last gelegt werden. Hinsichtlich der Entlastung des Reiches ist die englische Meinung, daß England ebenso wie Frankreich, daß die Expeditionen vor sich zu ziehen müßten, aber dies könne nicht so schnell erfolgen, wie Frankreich es wünscht. In der Frage der Entlastung dieser Organisationen sei Marschall Foch und Mar-

schall Wilson nicht absolut einer Meinung. Für diese beiden wichtigen Organisationen traten besonders Foch und Wilson ein, aber in den beiden Gegenden bestche Grund, den Bolschewismus zu befürchten. Eine sofortige Auflösung dieser Freiwilligenverbände könne deshalb im gegenwärtigen Augenblick als unerschützt erscheinen. Nach Ansicht der englischen Regierung würden jedoch besonders in Bayern mehr Freiwillige als nötig unter den Waffen gehalten. Um in dieser Angelegenheit zu einer vollen Verständigung zu kommen, müßte baldigst eine Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten stattfinden. Das Ruhrgebiet dürfte nur im Falle einer allseitigen Reuebereitschaft besetzt werden. Der Artikel des Friedensvertrages über die Beteiligung der Erzeugnisse der chemischen Industrie sei nicht befriedigend ausgeführt worden, doch sei es noch zu früh, um über die etwaigen notwendigen Maßnahmen zu sprechen. Die französische Regierung vorgehen eine Note an die englische Regierung geschickt habe, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der deutschen und der orientalischen Frage in Vorschlag gebracht wird. Die Konferenz soll zwischen dem 7. und 12. Januar stattfinden.

„Echo de Paris“ schreibt zur Entlastung Deutschlands: In England und anderwärts machte sich die Meinung geltend, daß man der deutschen Regierung eine Frist bewilligen könne, um zur Auflösung der Sicherheitskräfte und der anderen militärischen Organisationen zu übergehen.

Die interalliierte Militärkommission in Berlin wird in Zukunft nicht mehr selbständig tätig, sondern der Weisheitskommission untergeordnet werden. Die Kommissare in dieser Hinsicht sind wohl die Unzufriedenheit der englischen maßgebenden Kreise mit der verhängenen Beschränkung dieser Kommission über die Bewilligung in Deutschland. Aus diesem Grunde hat die englische Regierung sich dem französischen Vorschlag nach sofortigen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland (Besetzung des Ruhrgebietes) wegen der Nichterfüllung der Einwohnervorschere Widerstand entgegenzusetzen und eine genaue Nachprüfung der Kräfteverhältnisse Deutschlands angeordnet. Churchill wird zu diesem Zweck in den nächsten Tagen nach Paris kommen. Bis dahin wird Foch George von einer Seite nach dem Kontinent, die von der französischen Presse so hitzig verurteilt wird, abholen. Sollte sich herausstellen, daß Deutschland die in Spa eingezeichneten Verpflichtungen bezüglich der Abrüstung nicht erfüllt hat, so wird, dem Londoner Korrespondenten des „Newport Herald“ zufolge, Zwangsmaßnahmen beschlossen, die Frankreich dann beschließen würde.

Vertagung der Brüsseler Konferenz?

v. Paris, 4. Januar.

Der „Gazette“ gibt eine Nachricht der Finanzagentur „Information“ wieder, nach der es als wahrscheinlich zu betrachten ist, daß die Brüsseler Konferenz ihre Arbeiten für den Anzeiger vertagt. Die „Action Française“ drückt die Nachricht ohne Angabe der Quelle ab. Der „clair“ veröffentlicht sie mit der einleitenden Bemerkung: „Von unterzeichnete Seite erfahren wir...“ Das „Echo de Paris“ ruft an, daß der Oberste Rat, falls er einen französischen Vorschlag zum Zwecke entwerfen, bis 12. Januar in Paris zu tagen, der Frage näherträte, ob es nicht angebracht wäre, die Arbeit der Brüsseler Konferenz ein wenig zu vertagen.“

landwirtschaftliche Erzeugung mit wirksamer Sachkunde zu fördern, auch die Pflicht des Reiches und des Anstandes gegen unter Königshaus zu erfüllen und ihm endlich das seit über zwei Jahren wiederrechtlich vorenthaltenen Privatvermögen zurückzugeben. In dem Verfassungsentwurf scheint mir die nächste Aufgabe zu sein, den Staat als militärisch vollwertige zweite Kammer neben dem Reichstag auszubauen und mit eigenen Reben zu erfüllen. Dazu gehört, daß er zum mindesten auf gewissen gesetzgeberischen Gebieten die volle Gleichberechtigung, außerdem aber eine andere Zusammenlegung erhält, die sich auf den Vertretungskörpern der einzelnen Bezirke und nicht, wie jetzt, auf die von derselben Mehrheit wie das Parlament gewählten Provinziallandtagen aufbaut. Auf diesen ersten Schritt müssen weitere folgen, in der Richtung, eine von den Parteifreiheiten unabhängige, die Staatsentgelt freiwillig machende Obrigkeit als Träger der Staatsgewalt wiederherzustellen. Die Ansichten, daß die bevorstehenden Wahlen von solchen Zielen näherbringen, sind durchaus unrichtig. Um so berechtigter ist die Auffassung, daß wir Preußen uns unseren Staat, den wir mit guter Aussicht auf Erfolg entschlossen sind, wieder auf die rechte Grundlage zu stellen, uns insofern nicht verlässigen lassen. Die jetzige Verfassung umgibt ja nicht einmal die Unversehrtheit des Staatsgebietes und des Eigenlebens, von denen der Erfolg verfassungsändernder Schritte abhängt. In der Kampf um die Einheit Frankreichs kommt zur unmittelbaren Entscheidung, wenn zum Zweck nichtigen Fortschritts ab die Bestimmungen auf Grund des Artikel 18 der Verfassung in die Wege geleitet werden können. Schon jetzt aber bereiten Preußens Gegner in besonderer artlicher Kommission die planvolle Aufrüstung Preußens vor. Deshalb muß der

bevorstehende Wahlkampf auch von uns, die wir entschlossen sind, den Verlust des alten Preußens zu verteidigen, benutzt werden, den verschiedenen Minderungsbestrebungen den Boden abzugraben.

Bei den jetzigen Preußenwahlen kann die unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie in Preußen noch nicht Parole sein. Die Zeit ist dazu noch nicht reif, und die Gesandlung des Volkes noch nicht weit genug fortgeschritten. Es wäre ja auch, um dieses Ziel zu erreichen, nötig, nicht nur die preußische, sondern die Reichsverfassung auf gelegentlichem Wege zu ändern, die in ihren Artikeln 1 und 10 sowohl für die einzelnen Länder wie für das Reich selbst die republikanische Staatsform vorschreibt. Die Arbeit für den monarchischen Staatsgedanken freilich muß mit aller Kraft fortgeführt werden. Er wächst und wird jeden Tag lebendiger; würden wir nicht für ihn eintreten, würde die Seite des Volkes würden solches Eintreten hitzig fordern. Jetzt bleibt Preußen wie in der Vergangenheit so in der Zukunft, untrennbar verknüpft mit der Monarchie des Hohenzollernhauses.

Es bietet der bevorstehende Wahlkampf Aufgaben, aber auch gute Aussichten in Fülle. Es gilt, Verwaltung, Gesetzgebung und Verfassung in Preußen bei Erfüllung dessen, was der Tag fordert und bringt, so zu gestalten, daß wir Preußen wieder sola auf unser engeres Vaterland werden können. Es gilt darüber hinaus auf weiter Sicht, unser Volk der Verbindung entgegenzuführen, damit es wieder lernen, in der Zukunft vor keiner Schicksale in dem Wagnisse aus dem Hohenzollernhaus dem Kräfte des Reiches und der Einheit von Staat und Volk zu erkennen und monarchischer Führung den besten Willen zur Freiheit und zur Macht dieses Landes zu lassen.

